ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Jeschek, Wolfgang

Article

Lehrstellen bei steigenden Schulabgängerzahlen weiterhin knapp

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Jeschek, Wolfgang (2002) : Lehrstellen bei steigenden Schulabgängerzahlen weiterhin knapp, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 69, Iss. 46, pp. 801-808

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/151183

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Lehrstellen bei steigenden Schulabgängerzahlen weiterhin knapp

Wolfgang Jeschek
wjeschek@diw.de

In Deutschland gibt es – hauptsächlich in den neuen Ländern – seit mehreren Jahren ein zu knappes Angebot an Lehrstellen. Zudem bestehen berufsstrukturelle und regionale Ungleichgewichte. Zwar entspannte sich die Lage zeitweilig, vor allem in den alten Bundesländern, zuletzt aber war die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt wieder angespannter. Von der Nachfrageseite kann die Entspannung nicht kommen, denn der Bedarf an Ausbildungsplätzen wird sich voraussichtlich bis zum Jahr 2007 erhöhen. Die Zahl der Schulabgänger wird bis dahin insgesamt steigen, allerdings nur im früheren Bundesgebiet, während sie in den neuen Ländern weiter sinken wird.[1]

Durch die zunehmende Nachfrage nach Lehrstellen sind Wirtschaft und Staat weiterhin gefordert. Zum einen sind gering qualifizierte Erwerbspersonen am Arbeitsmarkt weitgehend chancenlos. Zum anderen hängen von der Zahl der Ausbildungsplätze die Entwicklung des Angebots an Fachkräften mit Lehrabschluss sowie die Größe und Zahl der Standorte der Berufsschulen ab.

In diesem Bericht wird zunächst die Situation auf dem Lehrstellenmarkt in Deutschland – getrennt nach alten und neuen Bundesländern[2] *– bis zur Gegenwart untersucht. Danach folgen Modellrechnungen bis 2010 für den schulabgängerbezogenen Bedarf an Ausbildungsplätzen, zur Entwicklung des Fachkräfteangebots und zu Veränderungen an Berufsschulen.*

Am Ende des Berichtsjahrs 2000/01[3] wurde in Deutschland die Nachfrage der Schulabgänger nach einer Ausbildungsstelle vom Angebot um rund 4 000 Plätze übertroffen.[4] Die Lage verbesserte sich indes für die Bewerber nur geringfügig, und dies auch nur in Westdeutschland. In Ostdeutschland hingegen fehlten zuletzt fast so viele Ausbildungsplätze wie im Vorjahr.[5] Hinzu kam, dass Bewerber zwischenzeitlich den Ausbildungsplatzwunsch aufgegeben hatten. Sie gingen beispielsweise weiter zur Schule oder begannen eine vollschulische Berufsausbildung. Oft befinden sich die Jugendlichen hier in einer „Warteschleife" und bewerben sich später erneut um eine Ausbildungsstelle.[6]

In Deutschland wurde im Ausbildungsjahr 2000/2001 mit knapp 614 000 neuen Ausbildungsverträgen eine um rund 1 % geringere Zahl von Verträgen als im Ausbildungsjahr zuvor abgeschlossen. Zum Rückgang kam es trotz des weiteren Anstiegs der Zahl der Schulabgänger von allgemein bildenden und einschlägigen beruflichen Schulen. In den neuen Ländern fiel zwar die Zahl der Schulabgänger, doch hauptsächlich infolge einer einmaligen Verkürzung der Abiturientenzahl.[7] Insgesamt wurde deshalb mit der realisierten Zahl neuer Verträge die aufgestaute Nachfrage wohl nicht reduziert.[8] Die Quote der neuen Verträge, bezogen auf einen Durchschnittsjahrgang der 15- bis unter 20-jährigen Bevölkerung, sank wieder auf 69 %.

1 Den Vorausberechnungen der Schüler- und Absolventenzahlen für die allgemein bildenden und beruflichen Schulen liegen länderspezifische Bevölkerungsprognosen zugrunde, die sich an der 9. koordinierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes orientieren. Vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (Hrsg.): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2000 bis 2020. Dokumentation Nr. 162. Bonn 2002, S. 13 ff.

2 Westberlin wird hier zu den alten, Ostberlin zu den neuen Bundesländern gezählt, weil sich viele Indikatoren in der Wirtschaft, bei der Bevölkerung und im Bildungssystem in den Regionen der früheren Bundesrepublik und der ehemaligen DDR unterschiedlich verändern und amtliche Statistiken – beispielsweise Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsstatistiken – ebenfalls oft noch entsprechend gegliedert sind. Als Folge organisatorischer Änderungen bei den Arbeitsämtern in Berlin ist zwar bei gemeldeten Plätzen und Bewerbern keine exakte Aufteilung möglich, doch wird der Methode der Arbeitsverwaltung gefolgt, die näherungsweise zu Ergebnissen führt. Vgl. beispielsweise Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 7. Nürnberg 2002, S. 772.

3 Das Berichtsjahr beginnt am 1. Oktober und reicht bis zum 30. September des folgenden Jahres.

4 Das Ausbildungsplatzangebot setzt sich aus der Summe der im Berichtsjahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der am Ende dieser Periode noch als frei gemeldeten Plätze zusammen, die Nachfrage aus der Zahl der neuen Lehrverträge und der am Stichtag noch unvermittelten Bewerber.

5 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Berufsberatung 2000/2001. Nürnberg 2002, S. 26 ff.; Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2002. Bundestags-Drucksache 14/8950. Bonn 2002. Im Berufsbildungsbericht werden jedoch seit zwei Berichtsjahren keine Ergebnisse für West- und Ostberlin ausgewiesen. Berlin insgesamt wird zu den neuen Ländern gerechnet.

6 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Berufsberatung, a. a. O., S. 48 ff.

7 In zwei der neuen Bundesländer wurde das 13. Schuljahr an den Gymnasien eingeführt.

8 Ein Indikator hierfür sind von allen Bewerbern die Anteile derjenigen, die im Vorjahr und in früheren Jahren von den Schulen abgingen. Der Anteil der ersten Gruppe blieb konstant, der der zweiten stieg. Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Berufsberatung, a. a. O., S. 77 ff.

Ausbildungsstellenmarkt wieder angespannter

Im Ausbildungsjahr 2001/02 war die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt wieder angespannter.[9] Ende September gelang kein rechnerischer Ausgleich am Stellenmarkt: Zuletzt gab es bundesweit 18 000 unbesetzte Ausbildungsplätze und 23 400 noch nicht vermittelte Bewerber.[10] Eine Bilanz kann jedoch erst Anfang Dezember gezogen werden, wenn die vollständige Zahl der im Berichtsjahr abgeschlossenen neuen Verträge bekannt ist.

Berufliche Ausbildung nach Bereichen

In Deutschland wurden 2000/01 reichlich die Hälfte der neuen Lehrverträge bei Industrie und Handel und knapp ein Drittel beim Handwerk abgeschlossen. Auf die übrigen fünf Bereiche kamen gut 14 % der neuen Abschlüsse. Im Vergleich zur Vorperiode fiel die Vertragszahl insgesamt um rund 7 800. Insbesondere im Handwerk, aber auch in der Landwirtschaft und im öffentlichen Dienst gab es weniger Verträge, zusammen ein Minus von rund 12 600. Die Zunahme der Vertragszahl in den anderen Bereichen um insgesamt rund 4 800 konnte diesen Verlust nicht annähernd ausgleichen (Tabelle 1).

Die größte Abnahme war mit 11 000 Lehrverträgen im Handwerk zu verzeichnen. Der relative Rückgang war in Ostdeutschland weit höher als in Westdeutschland; in den neuen Ländern spielte insbesondere die weiterhin unbefriedigende Lage in der Bauwirtschaft eine Rolle. In der Landwirtschaft, dort vor allem im Gartenbau und bei Floristen, war die Zahl der abgeschlossenen Verträge – um insgesamt rund 1 000 – geringer. In beiden Landesteilen wurden auch im öffentlichen Dienst weniger neue Verträge vereinbart. Vor allem auf kommunaler und auf Landesebene wurden weniger Plätze bereitgestellt. Ankündigungen zufolge ist zu vermuten, dass diese negative Entwicklung – vor allem auf der kommunalen Ebene – bis zuletzt angehalten hat.

Dem Anstieg der Vertragszahl 2000/01 im Bereich der freien Berufe in Westdeutschland stand eine geringe Abnahme in den neuen Ländern gegen-

9 Vgl. beispielsweise auch die Abbildung, in der die Differenz zwischen noch freien Ausbildungsplätzen und noch nicht vermittelten Bewerbern über einen achtjährigen Zeitraum dargestellt ist.
10 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Presse-Information, Nr. 62. Nürnberg 2002, S. 3 ff.; Arbeitsmarkt in Zahlen, September 2002. Nürnberg 2002, S. 89.

Tabelle 1

Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Jahre 2001 nach Ausbildungsbereichen[1]

Bereiche	Auszubildende						Relation neuer Verträge zu Auszubildenden insgesamt	
	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer				
	Insgesamt	darunter: mit neuen Verträgen		Insgesamt	darunter: mit neuen Verträgen			
		Anzahl	Veränderung gegenüber 2000		Anzahl	Veränderung gegenüber 2000	Alte Länder	Neue Länder
In 1 000								
Industrie und Handel	687,3	265,1	2,2	188,9	72,2	0,6	0,39	0,38
Handwerk	442,1	153,6	–6,7	122,4	34,8	–4,3	0,35	0,28
Öffentlicher Dienst	35,4	11,8	–0,4	10,1	3,2	–0,2	0,33	0,32
Landwirtschaft	25,6	9,5	–1,0	11,9	4,2	–0,1	0,37	0,36
Freie Berufe	131,0	48,4	2,0	16,6	5,9	–0,2	0,37	0,36
Übrige Bereiche[2]	9,3	3,6	0,0	4,2	1,5	0,2	0,39	0,36
Insgesamt	**1 330,7**	**492,0**	**–3,9**	**354,0**	**121,9**	**–4,0**	**0,37**	**0,34**
Struktur bzw. Veränderungsrate in %								
Industrie und Handel	51,6	53,9	0,8	53,4	59,2	0,8		
Handwerk	33,2	31,2	–4,2	34,6	28,6	–10,9		
Öffentlicher Dienst	2,7	2,4	–3,3	2,8	2,6	–5,5		
Landwirtschaft	1,9	1,9	–9,4	3,4	3,5	–1,3		
Freie Berufe	9,8	9,8	4,4	4,7	4,8	–3,3		
Übrige Bereiche[2]	0,7	0,7	0,5	1,2	1,3	11,1		
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**–0,8**	**100,0**	**100,0**	**–3,1**		

1 Auszubildende am Jahresende, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge Ende September.

2 Hauswirtschaft und Seeschifffahrt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesinstitut für Berufsbildung; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

über. Es gelang in Ostdeutschland immer noch nicht, mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche – etwa im Bereich der Ärzte- und Zahnärztekammern – zu schaffen. Bezogen auf die neu abgeschlossenen Verträge war die Lehrausbildung in den neuen Ländern hier anteilig nur halb so groß wie in den alten. Der strukturelle Unterschied zwischen beiden Regionen bei den neuen Abschlüssen nach Bereichen wurde wieder größer.

Ausbildung nach Berufen …

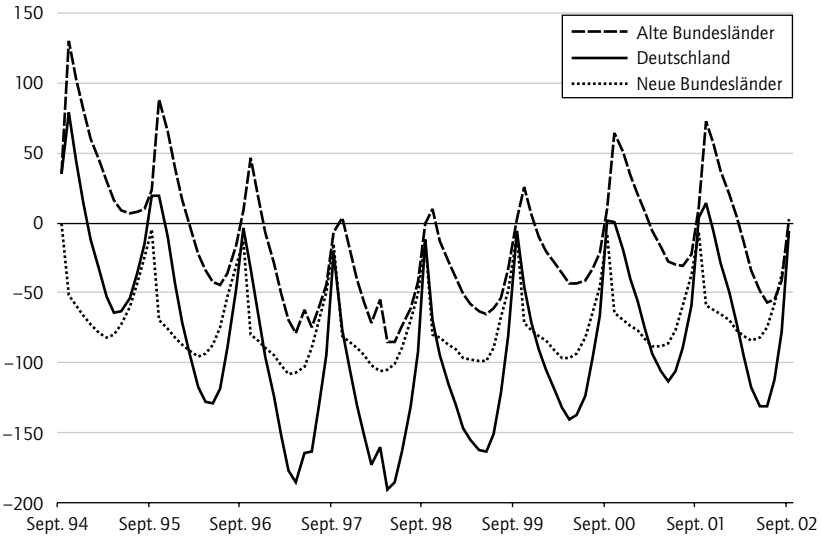
In Deutschland wurden im Berichtsjahr 2000/01 sowohl in den Dienstleistungs- als auch in den technischen Berufen etwas mehr Ausbildungsplätze als im Vorjahr bereitgestellt. Land- und forstwirtschaftliche sowie Fertigungsberufe wurden hingegen in geringerer Zahl angeboten. Gut 54 % der Ausbildungsstellen kamen auf Dienstleistungs-, 41 % auf Fertigungsberufe. Damit veränderte sich die Struktur des Stellenangebots abermals zugunsten der Dienstleistungsberufe, jedoch schwächer als zuvor. Diesmal wurde die Strukturverschiebung vor allem durch ein höheres Angebot in den Büro- sowie den Gesundheits- und Sozialberufen herbeigeführt. In jedem der vier Berufsbereiche übertrafen die Bewerbungen das Stellenangebot: Die Stellen-Bewerber-Relationen[11] wurden zwar überall etwas günstiger, sind in den technischen sowie land- und forstwirtschaftlichen Berufen aber nach wie vor sehr niedrig (jeweils 0,73). Auch bei den Dienstleistungsberufen lag die Relation nur bei 0,82.

In Westdeutschland waren beim Angebot an Ausbildungsplätzen weiterhin die Dienstleistungs- und technischen Berufe anteilig stärker vertreten als in Ostdeutschland. Allerdings schmolz der Abstand zwischen beiden Regionen bei beiden Berufsgruppen – wie schon im Jahr davor – geringfügig. In den neuen Ländern waren 2000/01 nicht nur in wichtigen klassischen, sondern auch in den meisten neu eingeführten Dienstleistungsberufen kaum Ausbildungsplätze vorhanden. Unter Letztere fallen beispielsweise Fachinformatiker, Informationskaufleute, Fachleute für Systemgastronomie und Reiseverkehrskaufleute.[12]

Im Berichtsjahr 2000/01 erhöhte sich in den alten Ländern die Stellen-Bewerber-Relation in allen Berufsbereichen. Bei den Fertigungsberufen gab es sogar einen geringen Angebotsüberhang (Tabelle 2). Nach Berufsgruppen streuten die Relationen aber immer noch erheblich. Bei vielen Berufsgruppen in den Bereichen der technischen sowie der Dienstleistungsberufe erhöhten sie sich zu wenig: Hier fehlen besonders viele Lehrstellen. Im neuen Vermittlungsjahr 2001/02 hat sich bis zur Mitte der Periode – Ende März – die Stellen-Bewerber-Relation insgesamt kaum verändert; nur bei den Fertigungsberufen ist sie geringfügig größer geworden.[13]

Abbildung

Entwicklung der Differenz zwischen noch freien Ausbildungsplätzen und noch nicht vermittelten Bewerbern[1]



1 Bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen und Bewerber von September 1994 bis September 2002 (jeweils am Monatsende). Negative Werte bedeuten einen Überhang an nicht vermittelten Bewerbern.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

Angebot in technischen und Dienstleistungsberufen unzureichend

In den neuen Ländern haben sich zwar inzwischen auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite vergleichbare berufsstrukturelle Entwicklungen wie in den alten durchgesetzt, doch gibt es weiterhin beachtliche Unterschiede. Im Berichtszeitraum 2000/01 war das ostdeutsche Angebot bei landwirtschaftlichen und Fertigungsberufen – hier insbesondere bei Bau-, Bauneben- und Ernährungsberufen – immer noch relativ größer als in Westdeutschland,[14] doch entsprach es der Zahl der

11 Die Relation basiert auf der Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätze und der Zahl gemeldeter Bewerber. Erfasst werden damit nur diejenigen aller Ausbildungsstellen und aller einen Ausbildungsplatz suchenden Jugendlichen, bei denen die Arbeitsverwaltung an der Besetzung bzw. Vermittlung mitwirkt. Der „Einschaltungsgrad" der Arbeitsämter veränderte sich in den alten und neuen Ländern. Er stellt den Markt an Ausbildungsstellen in der Regel zu mehr als 90 % dar. Infolge seiner unstetigen Veränderung können das Angebot an und die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen mit diesen Daten nicht bestimmt werden.

12 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Berufsberatung, a. a. O., S. 71 ff.

13 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 5, a. a. O., S. 498.

14 Inwieweit hier Überkapazitäten auch bei geförderten außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen vorhanden sind, bedarf noch weiterer Untersuchungen. Vgl. auch Klaus Berger und Günter Walden: Außerbetrieblich und doch „betriebsnah" – Zwischenbilanz und Perspektiven der Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramme Ost. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Heft 4. Bonn 2002, S. 17 ff.

Tabelle 2

Relation von gemeldeten Ausbildungsplätzen zu Bewerbern nach Berufsgruppen[1]

	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	1999/ 2000	2000/ 2001	1. Hj. 2001/02[2]	1999/ 2000	2000/ 2001	1. Hj. 2001/02[2]
Hersteller von Naturprodukten[3]	0,77	0,82	0,90	0,56	0,60	0,37
Fertigungsberufe	1,05	1,09	1,17	0,62	0,60	0,35
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	1,57	1,74	2,35	0,96	0,86	0,83
Keramiker, Glasmacher	1,90	2,34	2,82	0,93	1,08	1,04
Chemie- und Kunststoffberufe	2,30	2,36	2,53	1,59	1,40	1,22
Papierhersteller, -verarbeiter	2,20	2,30	2,91	1,16	1,55	1,40
Drucker	0,29	0,26	0,23	0,22	0,19	0,10
Holzaufbereiter und verwandte Berufe	3,41	3,67	3,65	1,04	1,02	0,61
Metallberufe	1,12	1,18	1,24	0,61	0,59	0,34
Elektroberufe	0,92	0,94	1,00	0,65	0,60	0,43
Textil- und Bekleidungsberufe	1,01	1,10	1,21	0,88	0,93	0,57
Ernährungsberufe	1,57	1,80	2,23	0,68	0,69	0,49
Bau- und Baunebenberufe	0,96	1,00	1,07	0,59	0,58	0,23
Warenprüfer und andere Berufe	1,24	1,18	1,26	1,03	0,90	0,46
Technische Berufe	0,69	0,82	0,88	0,36	0,42	0,32
Dienstleistungsberufe	0,85	0,91	1,00	0,53	0,55	0,39
Waren- und Dienstleistungskaufleute	0,92	1,00	1,12	0,53	0,55	0,39
Verkehrsberufe	1,84	1,73	2,13	1,00	0,89	0,59
Büro-, Verwaltungs- und verwandte Berufe	0,83	0,86	0,91	0,56	0,56	0,42
Gesundheits-, soziale und ähnliche Berufe	0,52	0,64	0,64	0,23	0,26	0,17
Körperpfleger, Gästebetreuer, Reinigungs- und hauswirtschaftliche Berufe	0,98	1,02	1,16	0,65	0,67	0,47
Insgesamt	**0,91**	**0,97**	**1,05**	**0,57**	**0,57**	**0,37**

1 Bei den Arbeitsämtern im jeweiligen Landesteil gemeldete Ausbildungsplätze und Bewerber.
2 1. Oktober 2001 bis 31. März 2002.
3 Hauptsächlich land- und forstwirtschaftliche Berufe.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

Bewerber kaum mehr als im Vorjahr. Die Relation erreichte in den meisten Berufsgruppen lediglich Werte von weit unter eins. Am Ende des Vermittlungsjahres gab es nur noch 760 freie Plätze für noch 7 300 unvermittelte Bewerber, darunter 4 000 für Dienstleistungsberufe. Ende März – nach der ersten Hälfte des Vermittlungsjahres 2001/02 – lagen die Relationen kaum höher, so dass wiederum staatliche Maßnahmen erforderlich wurden.[15] Die Lage ist also nach wie vor unbefriedigend.[16]

… und in den Ländern

In Westdeutschland erhöhte sich die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze im Berichtszeitraum 2000/01 vor allem in den süddeutschen Ländern. Dem Angebot stand in allen westlichen Bundesländern eine geringere Zahl gemeldeter Bewerber gegenüber. Vor allem im Saarland, in Hamburg und in Bayern war das Stellenangebot beträchtlich höher als die Nachfrage. Die Stellen-Bewerber-Relation erhöhte sich in nahezu allen Ländern; in den zuvor genannten und auch in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein war sie größer als eins. Dagegen lag sie in Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Westberlin deutlich darunter. Im Berichtsjahr 2001/02 setzten sich diese Veränderungen bei der Nachfrage nach Stellen weitgehend, beim Angebot aber nur im Ausnahmefall fort. Ende März gab es in Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ein deutlich niedrigeres Stellenangebot als zuvor. Zu diesem Zeitpunkt fiel die Stellen-Bewerber-Relation nur in vier Ländern etwas günstiger aus, sonst war sie kleiner.[17] Die Lage für die Bewerber um Ausbildungsplätze hat sich kaum noch verbessert.

In allen neuen Ländern war die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze im Berichtsjahr 2000/01 kleiner als zuvor. Besonders deutlich sank sie in Sachsen-Anhalt und Thüringen (jeweils 5 %). Da der Bewerberrückgang überall ähnlich groß war, veränderten sich die Stellen-Bewerber-Relationen kaum. Die Lage auf dem Stellenmarkt war vor allem für die Bewerber in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Thüringen relativ günstiger;

15 In den neuen Ländern sind die Relationen am Ende des ersten Halbjahres erfahrungsgemäß beträchtlich niedriger als zum Abschluss des Berichtsjahres, da das unzureichende Stellenangebot im zweiten Halbjahr durch staatliche Maßnahmen angehoben wird.
16 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 5, a .a. O., S. 499.
17 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 5, a. a. O., S. 496.

Tabelle 3

Ausbildungsplätze und Bewerber in den neuen Bundesländern[1]

	Ausbildungsplätze				Bewerber				Relation von Plätzen zu Bewerbern		
	2000/01			1. Halbjahr 2001/02[3]	2000/01			1. Halbjahr 2001/02[3]	2000/01		1. Halbjahr 2001/02[3]
	Insgesamt	darunter: in Sonderformen[2]			Insgesamt	darunter: vermittelt auf betriebliche Ausbildungsplätze[4]			Insgesamt	Betriebliche Plätze zu Bewerbern	
	in 1 000		Anteil in %	in 1 000	in 1 000		Anteil in %	in 1 000			
Mecklenburg-Vorpommern	19,1	6,3	33,2	9,7	26,8	12,8	47,7	19,2	0,71	0,48	0,50
Brandenburg	19,6	10,2	52,1	8,4	36,9	9,4	25,4	25,3	0,53	0,25	0,33
Sachsen-Anhalt	19,9	7,4	37,1	8,1	35,3	12,5	35,4	25,5	0,56	0,35	0,32
Sachsen	33,5	10,1	30,2	15,7	62,5	23,3	37,4	46,4	0,54	0,37	0,34
Thüringen	22,1	5,7	25,7	10,0	35,5	16,4	46,2	24,6	0,62	0,46	0,41
Berlin (Ost)	7,3	2,5	34,0	4,3	16,2	4,8	30,0	10,9	0,45	0,30	0,39
Insgesamt	**121,4**	**42,2**	**34,8**	**56,1**	**213,1**	**79,2**	**37,2**	**151,9**	**0,57**	**0,37**	**0,37**
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer	509,6	18,5	3,6	395,4	524,7	491,1	93,6	375,9	0,97	0,94	1,05
Deutschland	631,0	60,8	9,6	451,5	737,8	570,3	77,3	527,7	0,86	0,77	0,86

1 Bei den Arbeitsämtern gemeldete Ausbildungsplätze und Bewerber.
2 Außerbetriebliche Ausbildungsplätze in Einrichtungen nach § 241 (2) SGB III, Ausbildungsplätze der Ausbildungsplatzprogramme Ost 2000 und Ost 2001 sowie im Rahmen des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und für Rehabilitanden; zum Teil sind Plätze aus Länderprogrammen enthalten.
3 1. Oktober 2001 bis 31. März 2002.
4 Unter der Annahme, dass alle gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze auch vermittelt werden konnten.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

deutlich schlechter war sie in Brandenburg und in Sachsen (Tabelle 3).

In den neuen Ländern gab es 2000/01 mit 35 % der gemeldeten Ausbildungsplätze ein umfangreiches Angebot über Sondermaßnahmen. Insgesamt konnten in diesem Landesteil nur 37 % der Bewerber auf betriebliche Ausbildungsplätze vermittelt werden. Nur in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen wurde mit fast der Hälfte der nachfragenden Jugendlichen ein besseres Vermittlungsergebnis erzielt. Am Ende des Berichtsjahres waren in jedem Land noch zahlreiche Bewerber ohne Ausbildungsplatz.

2001/02 zeichnete sich in Ostdeutschland auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite bereits zu einem frühen Zeitpunkt eine ähnliche Entwicklung ab wie zuvor. Ende März waren im Vergleich zum Vorjahr zumeist weniger Bewerber gemeldet. Da in allen Ländern weniger Ausbildungsplätze gemeldet waren, blieben die Stellen-Bewerber-Relationen niedrig.[18] So musste erneut eine beträchtliche Lücke beim Ausbildungsplatzangebot durch zusätzliche Plätze aus staatlichen Programmen geschlossen werden.

Lehrstellenbedarf und neue Verträge bis 2010

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in Deutschland lag im gerade zu Ende gegangenen Berichtsjahr 2001/02 – amtlichen Vorausschätzungen zufolge – bei 640 000.[19] Sie war somit um 1 % höher als im Vorjahr. Ermittelt wird hauptsächlich der auf die Schulabgänger bezogene Bedarf. Nicht berücksichtigt ist, dass sich noch weitere Jugendliche mit und ohne Schulabschluss für eine Lehrstelle interessieren und dass sich Schulabgänger in schulischen Warteschleifen befinden.

In einer Modellrechnung werden hier zwei Varianten der Bedarfsveränderung bis 2010 vorgestellt. In einer Grundvariante wird der schulabgängerbezogene Bedarf an Ausbildungsplätzen berechnet, der nach dem bisherigen Übergangsverhalten entsteht. In einer Alternativrechnung wird dann unterstellt, dass weitere Schüler aus dem Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr eine Lehrausbildung anstreben.[20] Die Ergebnisse beider Varianten bilden einen Korridor, in dem

18 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 5, a. a. O., S. 496.
19 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2002, a. a. O., S. 21 ff.
20 Bei der Berechnung des schulabgängerbezogenen Bedarfs nach der Grundvariante wird die Schulabgängerzahl allgemein bildender und einschlägiger beruflicher Schulen vom Schuljahr 2000/01 an ohne Externe und Abgänger der Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs mit den Veränderungsraten der entsprechenden Vorausberechnung der Kultusminister, getrennt für die alten und neuen Bundesländer, fortgeschrieben. Über den Anteil neuer Verträge und nicht vermittelbarer Bewerber des Jahres 2001, der konstant bleibt, wird der jährliche Bedarf an Ausbildungsplätzen bzw. die Zahl neuer Verträge errechnet. Bei der Zusatzvariante werden außerdem die Hälfte der Entlassenen des Berufsvorbereitungs- und neun Zehntel des Berufsgrundbildungsjahres einbezogen. Dies wird mit dem Anspruch auch dieser Abgänger auf einen beruflichen Ausbildungsplatz erklärt.

Tabelle 4

Bedarf der Jugendlichen an Lehrstellen sowie Bedarf an neuen Verträgen in den alten und neuen Bundesländern[1]

	Alte Bundesländer							Neue Bundesländer						
	2000/ 2001	2001/ 2002	2002/ 2003	2006/ 2007	2007/ 2008	2008/ 2009	2009/ 2010	2000/ 2001	2001/ 2002	2002/ 2003	2006/ 2007	2007/ 2008	2008/ 2009	2009/ 2010
In 1 000														
Nachfrage nach bzw. Bedarf an Lehrstellen														
von Schulabgängern	505,1	508,2	518,1	547,3	542,4	536,0	527,4	129,2	134,1	133,7	116,9	107,0	96,2	89,3
von Schulabgängern und mehr Jugendlichen aus BVJ und BGJ[2]	552,2	557,0	567,5	600,0	595,1	588,3	579,2	143,7	149,1	148,6	129,9	118,4	105,8	97,6
Neue Verträge bzw. Bedarf an neuen Verträgen														
von Schulabgängern	492,0	495,1	505,0	534,1	528,9	522,8	514,3	121,9	126,7	126,3	109,6	99,7	87,9	80,0
von Schulabgängern und mehr Jugendlichen aus BVJ und BGJ[2]	539,2	543,9	554,4	586,8	582,0	575,2	566,0	136,4	141,8	141,3	122,6	111,1	97,5	88,3
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %														
Nachfrage nach bzw. Bedarf an Lehrstellen														
von Schulabgängern	.	0,6	2,0	1,4	–0,9	–1,2	–1,6	.	3,8	–0,3	–3,3	–8,5	–10,1	–7,2
von Schulabgängern und mehr Jugendlichen aus BVJ und BGJ[2]	.	0,9	1,9	1,4	–0,8	–1,1	–1,6	.	3,8	–0,4	–3,3	–8,9	–10,6	–7,8
Neue Verträge bzw. Bedarf an neuen Verträgen														
von Schulabgängern	.	0,6	2,0	1,4	–1,0	–1,2	–1,6	.	4,0	–0,3	–3,5	–9,1	–11,8	–9,0
von Schulabgängern und mehr Jugendlichen aus BVJ und BGJ[2]	.	0,9	1,9	1,4	–0,8	–1,2	–1,6	.	4,0	–0,4	–3,5	–9,4	–12,2	–9,5

1 Ergebnisse von Modellrechnungen vom Ausbildungsjahr 2001/02 an. Die Annahme der Berechnungen des Bedarfs an Lehrstellen und neuen Verträgen sind im Text beschrieben.

2 Es werden 50 % der Jugendlichen aus dem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und 90 % aus dem Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) berücksichtigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Bundesinstitut für Berufsbildung; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

sich der jeweilige jährliche Bedarf voraussichtlich bewegt.

Mittelfristig steigender Bedarf an Ausbildungsplätzen

Der Bedarf an Ausbildungsplätzen in Deutschland wird der Modellrechnung zufolge zunächst steigen, von 642 000 (2002)[21] auf 664 000 (2007). Danach wird er voraussichtlich sinken und im Jahre 2010 um knapp 4 % unter dem Ausgangsniveau liegen. Die Veränderung des Bedarfs fällt in den beiden Landesteilen sehr unterschiedlich aus: In den alten Ländern wird er, ausgehend von 508 000 Ausbildungsstellen, bis 2007 um 8 % zunehmen. Erst danach werden fallende Zahlen bei den Schulabgängern einen Abschwung bewirken. Trotzdem wird er 2010 das Ausgangsniveau noch um 4 % übertreffen. In Ostdeutschland wird er dagegen vom nächsten Jahr an sinken, weil weniger Jugendliche mit der Schule abschließen. Diese Entwicklung wird hier freilich durch die Annahme abgeschwächt, dass immer weniger ostdeutsche Jugendliche eine Lehre im Westen beginnen möchten.[22] 2010 wird der Bedarf um ein Drittel unter dem Ausgangsniveau liegen (Tabelle 4).

Nach der Alternativvariante lag der schulabgängerbezogene Bedarf an Ausbildungsplätzen in Deutschland im Berichtsjahr 2001/02 bei rund 706 000. Davon kamen rund 557 000 Plätze auf die alten und 149 000 auf die neuen Länder. Bei der Nachfrageberechnung wird davon ausgegangen, dass es weiterhin Ausbildungsstellen gibt, auf die Schulabgänger nicht vermittelt werden können. Eine etwas niedrigere Zahl neuer Verträge reicht deshalb aus, um die Nachfrage zu decken. Insgesamt waren bei der Grundvariante im Berichtsjahr 2001/02 rund 622 000 neue Verträge abzuschließen. Davon entfielen 495 000 auf West- und 127 000 auf Ostdeutschland. Im Jahre 2010 werden es insgesamt 594 000 Verträge sein.

Auswirkungen auf Fachkräfteangebot und Berufsschulen bis 2010

Das Angebot an jungen Fachkräften mit Lehrabschluss wird in Deutschland nach der Grundvariante von rund 516 000 Personen (2001) um 6 % auf 547 000 (2006) steigen.[23] Danach nimmt es voraussichtlich ab und wird 2010 um 4 % niedriger sein als im Ausgangsjahr (Tabelle 5). Die Entwicklung des Angebots unterscheidet sich jedoch in West- und Ostdeutschland beträchtlich. In den alten Ländern wird es sich bis 2007 Jahr für Jahr

21 Damit liegt die hier berechnete Nachfrage für 2002 geringfügig, um rund 0,5 %, höher als die im Berufsbildungsbericht ermittelte.
22 Im Jahre 2001 begannen rund 13 100 ostdeutsche Jugendliche eine Ausbildung in den alten Ländern. Es wird angenommen, dass sich diese Zahl über die Jahre ständig verringert, weil sich das Angebot an Ausbildungsplätzen in den neuen Ländern stabilisiert. Am Ende des Berechnungszeitraums wird diese Zahl bei null liegen.
23 Abgesehen wird hier von den vergleichsweise wenigen Jugendlichen, die eine vollschulische berufliche Ausbildung an Berufsfachschulen erhalten.

Tabelle 5

Fachkräfte mit Lehrabschluss in Deutschland nach einer Grundvariante[1] und zwei Alternativrechnungen[2]

In 1 000

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Alte Bundesländer										
Grundvariante	405,7	408,3	416,4	425,3	430,5	438,3	440,5	436,2	431,1	424,1
Alternativrechnung 1	464,8	468,8	477,9	485,8	492,5	499,2	505,8	501,6	495,8	487,9
Alternativrechnung 2	430,0	433,7	442,1	449,4	455,6	461,8	467,9	464,0	458,6	451,3
Neue Bundesländer										
Grundvariante	110,0	114,4	114,0	113,6	111,3	108,2	98,9	89,9	79,3	72,2
Alternativrechnung 1	125,0	130,0	129,5	128,8	126,1	122,6	112,3	101,8	89,4	80,9
Alternativrechnung 2	122,0	126,9	126,4	125,8	123,1	119,7	109,7	99,4	87,3	79,0
Deutschland										
Grundvariante	515,7	522,6	530,5	538,8	541,8	546,6	539,4	526,1	510,5	496,3
Alternativrechnung 1	589,8	598,8	607,3	614,6	618,6	621,8	618,2	603,4	585,2	568,8
Alternativrechnung 2	552,0	560,6	568,5	575,1	578,8	581,5	577,6	563,4	545,9	530,3

1 Neue Verträge bezogen auf Schulabgänger und durchschnittlicher Abschlusserfolg in den Jahren 1996 bis 2000.
2 Alternativrechnung 1: neue Verträge bezogen auf Schulabgänger sowie mehr Jugendliche aus dem BVJ und dem BGJ und eine etwas höhere Erfolgsquote; Alternativrechnung 2: mit dem gleichen Bezug bei den neuen Verträgen wie in Alternative 1, aber im Gegensatz zu dieser mit einer etwas niedrigeren Erfolgsquote.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Bundesinstitut für Berufsbildung; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

erhöhen (um insgesamt 9 %) und erst danach fallen. In den neuen Ländern hingegen wird es von 2003 an – zuerst nur graduell, dann deutlicher – sinken. Im Endjahr der Prognose wird es mit 72 000 ausgebildeten Personen um ein Drittel unter dem Ausgangsniveau liegen.

In Deutschland stehen somit nach der Grundvariante in fast jedem Jahr des Berechnungszeitraums deutlich weniger ausgebildete Fachkräfte mit Lehrabschluss zur Verfügung als in den 90er Jahren, obwohl sich der schon heute abzeichnende Mangel an diesen Fachkräften – auch infolge der ungünstigen Altersstruktur der Beschäftigten – eher noch verschärfen wird. Beispielsweise lag das Angebot entsprechend qualifizierter Fachleute 1994 immerhin noch bei 545 000 Personen.[24] Ein höheres Angebot resultiert aus den alternativen Modellrechnungen. Es setzt freilich voraus, dass es wieder mehr Ausbildungsplätze gibt.

In Deutschland wird die Zahl der Schüler mit Lehrvertrag an den Berufsschulen im dualen System nach der Grundvariante voraussichtlich bis 2006 um 6 % steigen, danach jedoch sinken (Tabelle 6). Während sie aber in den alten Ländern mittelfristig weiter zunehmen wird, geht sie in den neuen Ländern bereits von 2002 an zurück.

Veränderungen der Schülerzahl haben Einfluss auf die erforderliche Größe der Berufsschulen und die Zahl der Schulstandorte. Jede Schule sollte eine Mindestgröße nicht unterschreiten, damit vertretbare Klassengrößen in Fachklassen erreicht werden und der Einsatz der Lehrkräfte nach Fachqualifikation gewährleistet ist. In der Modellrechnung wird angenommen, dass die im Jahre 2001 in jedem Landesteil an den Berufsschulen im Durchschnitt unterrichtete Schülerzahl gerade richtig ist, um die zuvor genannten Bedingungen zu erfüllen. In den alten Ländern wird die Schülerzahl je Schule in allen Jahren immer über dem Ausgangswert liegen. Dagegen wird sie in den neuen Ländern nur bis zum Jahre 2005 das Ausgangsniveau übertreffen; in den fünf Jahren danach wird sie von 926 auf 601 Schüler pro Schule sinken. Somit werden 2010 nur noch 259 Berufsschulen benötigt, 136 weniger als im Jahre 2001. Es kommt somit vermutlich zur Aufgabe von Schulstandorten.

Fachkräfteangebot niedriger als zuvor – Standorte ostdeutscher Berufsschulen gefährdet

Fazit

Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen war in den letzten Jahren – hauptsächlich in den neuen Ländern – unzureichend. Ein erheblicher Teil der Bewerber konnte nur mit Plätzen in außerbetrieblichen Maßnahmen versorgt werden. Bei Absolventen dieser Maßnahmen steht zu befürchten, dass ihre Erwerbschancen schlechter sind als die von betrieblich ausgebildeten Jugendlichen. An der künftigen Veränderung der Zahl der Schulabgänger und der daraus abzuleitenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zeigt sich,

24 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Berufliche Bildung, Fachserie 11, Reihe 3.S1. Wiesbaden 2000, S. 32.

Tabelle 6

Schüler an Berufsschulen im dualen System mit Lehrvertrag, Schüler pro Schule und Schulstandorte nach einer Grundvariante[1] und einer Alternativrechnung[2]

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Schüler in 1 000										
Alte Bundesländer										
Grundvariante	1 346,3	1 354,8	1 382,0	1 411,2	1 428,7	1 454,6	1 461,6	1 447,4	1 430,7	1 407,4
Alternativrechnung	1 475,6	1 488,4	1 517,1	1 542,2	1 563,7	1 584,9	1 605,9	1 592,6	1 574,0	1 549,0
Neue Bundesländer										
Grundvariante	361,7	376,1	374,9	373,5	365,9	356,0	325,3	295,8	260,9	237,4
Alternativrechnung	404,7	420,9	419,3	417,1	408,4	397,0	363,8	329,6	289,4	262,0
Deutschland										
Grundvariante	1 708,0	1 731,0	1 756,9	1 784,7	1 794,7	1 810,6	1 787,0	1 743,3	1 691,6	1 644,8
Alternativrechnung	1 880,3	1 909,3	1 936,4	1 959,3	1 972,1	1 981,9	1 969,7	1 922,2	1 863,4	1 810,9
Schüler pro Schule[3]										
Alte Bundesländer										
Grundvariante	986	992	1 012	1 033	1 046	1 065	1 070	1 060	1 047	1 030
Alternativrechnung	1 080	1 090	1 111	1 129	1 145	1 160	1 176	1 166	1 152	1 134
Neue Bundesländer										
Grundvariante	916	952	949	946	926	901	824	749	660	601
Alternativrechnung	1 025	1 065	1 061	1 056	1 034	1 005	921	834	733	663
Deutschland										
Grundvariante	970	983	998	1 013	1 019	1 028	1 015	990	961	934
Alternativrechnung	1 068	1 084	1 100	1 113	1 120	1 125	1 119	1 092	1 058	1 028
Zahl der Schulstandorte[4]										
Alte Bundesländer										
Grundvariante	1 366	1 375	1 402	1 432	1 450	1 476	1 483	1 469	1 452	1 428
Alternativrechnung	1 497	1 510	1 539	1 565	1 587	1 608	1 629	1 616	1 597	1 572
Neue Bundesländer										
Grundvariante	395	411	410	408	400	389	355	323	285	259
Alternativrechnung	442	460	458	456	446	434	397	360	316	286
Deutschland										
Grundvariante	1 761	1 785	1 811	1 840	1 850	1 867	1 842	1 797	1 744	1 696
Alternativrechnung	1 939	1 969	1 996	2 020	2 033	2 043	2 031	1 982	1 921	1 867

1 Neue Verträge bezogen auf Schulabgänger.
2 Neue Verträge bezogen auf Schulabgänger sowie mehr Jugendliche aus dem Berufsvorbereitungs- und dem Berufsgrundbildungsjahr.
3 Die Schülerzahl wird auf die Anzahl der Schulen im Schuljahr 2000/01 bezogen.
4 Die Schülerzahl je Schulstandort im Ausgangsjahr nach der Grundvariante bleibt konstant.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Bundesinstitut für Berufsbildung; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

dass weiterhin ein Mangel an Ausbildungsplätzen zu erwarten ist. Um den Bedarf zu decken, müssten die Wirtschaft und die öffentlichen Arbeitgeber mehr – berufsfachlich und regional ausgeglichener – betriebliche Ausbildungsplätze anbieten. Modellrechnungen zeigen, dass in Deutschland das Angebot an Fachkräften mit Lehrabschluss bis 2010 sinken wird. Zudem ist zu erwarten, dass in den neuen Ländern nach 2005 Standorte von Berufsschulen aufgegeben werden müssen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Diskussionspapiere

Erscheinen seit 1989

Nr. 303
Interpreting Currency Crises – A Review of Theory, Evidence, and Issues
Von Omar F. Saqib
Oktober 2002

Nr. 304
An Investigation into the 1999 Collapse of the Brazilian Real
Von Omar F. Saqib
Oktober 2002

Nr. 305
European Mothers' Time With Children: Differences and Similarities Across Nine Countries
Von Jutta M. Joesch und C. Katharina Spiess
Oktober 2002

Nr. 306
Back on Track? Savings Puzzles in EU-Accession Countries
Von Mechthild Schrooten und Sabine Stephan
Oktober 2002

Nr. 307
Corporate Donations to the Arts: Philanthropy or Advertising?
Von Björn Frank und Kurt Geppert
Oktober 2002

Nr. 308
Optimal Fiscal Policy in an Economy Facing Socio-Political Instability
Von Chetan Ghate, Quan Vu Le und Paul J. Zak
Oktober 2002

Nr. 309
Outsourcing and Firm-level Performance
Von Bernd Görzig und Andreas Stephan
Oktober 2002

Nr. 310
Endogenous Distribution, Politics, and Growth
Von Satya Das und Chetan Ghate
Oktober 2002

Nr. 311
Accounting for Poverty Differences between the United States, Great Britain and Germany
Von Martin Biewen und Stephen P. Jenkins
Oktober 2002

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als Pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (*www.diw.de/deutsch/publikationen/diskussionspapiere*).

DIW Berlin
Wochenbericht Nr. 46/2002

DIW Berlin
Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Einladung zu einem Seminarvortrag im DIW Berlin am 21. November 2002

Thomas von Ungern-Sternberg
Universität Lausanne

Elementarschadenversicherung in Europa: Die Grenzen des Wettbewerbs

Das Seminar widmet sich dem aktuellen Problem der Versicherung von Schäden aus Naturkatastrophen (so genannten Elementarschäden). Der Referent analysiert den Markt für Gebäudeversicherungen in fünf europäischen Ländern – England, Spanien, Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Er begründet die These, dass die Staatsmonopole in Spanien und der Schweiz – früher auch in Deutschland – effizienter arbeiten als die Privatversicherungen in den anderen Ländern („Grenzen des Wettbewerbs"). Die Privatversicherungen wenden einen wesentlich höheren Anteil ihrer Prämien für Vertrieb und Verwaltung auf als die Staatsmonopole. Er zeigt darüber hinaus, wie die Probleme der Negativauslese und der Prävention von Schäden im Rahmen einer Monopolversicherung gelöst werden können.

Im Anschluss an den Vortrag stellt das DIW Berlin die im Rahmen der Task Force „Hochwasser 2002" erarbeiteten Modelle einer Versicherung von Überschwemmungsrisiken in Deutschland vor.

Zum Referenten: Thomas von Ungern-Sternberg ist Professor an der Ecole des HEC der Universität Lausanne. Er war mehrere Jahre Herausgeber des „Journal of Industrial Economics" und des „International Journal of Industrial Organisation".

Ort: DIW Berlin, Sitzungssaal E 05
Englerallee 40, 14195 Berlin

Zeit: 14 Uhr s. t.

Anmeldungen bitte unter *Information@diw.de*

Impressum

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion
Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle
Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag
Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis
Jahrgang Euro 108,–/sFR 182,–
Einzelnummer Euro 10,–/sFR 18,–
Zuzüglich Versandspesen
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung
kognito, Berlin

Druck
Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin